

Allgemeine Überlegungen der Gemeinwohl-Ökonomie zur Umsetzung einer fairen Klimaschutz Politik

Für die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) sind Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit die wichtigsten Prioritäten! Eine faire, sozialverträgliche Umsetzung von Klimaschutz ist nur möglich mit starken Anfangs-Investitionen und einer progressiven Wirtschafts- und Verteilungspolitik, die Beschäftigungssicherheit und Wachstum im Sinne des Gemeinwohls berücksichtigt. Jeder Euro, der heute in den Klimaschutz gesteckt wird, erspart uns bzw. unserer Gesellschaft das 5- bis 6-fache an Folgekosten, die ohne Klimaschutz in den kommenden Jahrzehnten entstehen werden. ☒ Claudia Kempfert, DIW
https://www.diw.de/de/diw_01.c.974540.de/publikationen/wochenberichte/2025_38_3/zwei_jahrzehnte_klimakostenforschung_praeventiver_klimaschutz_als_volkswirtschaftlicher_vorteil.html

Da viele Schäden durch externalisierte Kosten entstehen, ist es wichtig, diese zukünftig nach dem „polluter pays principle“ einzupreisen, und zwar bevor sie entstehen bzw. um einen effektiven Anreiz zu schaffen, diese „Schadenskosten“ zu vermeiden (vgl. CO₂-Steuer). Mit der Gemeinwohl-Ökonomie fördern wir die unternehmerische Verantwortung, indem mit der Gemeinwohl-Bilanz alle Geschäftsbereiche hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf ökologische, soziale und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit analysiert werden. Unser Ziel ist es, die Politik dabei zu unterstützen, Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen, die die heute schon verantwortungsvollen Unternehmen fördert und in Vorteil stellt und dafür sorgt, dass auch alle anderen Unternehmen nach und nach auf zukunftsfähige Geschäftsmodelle umstellen.

Bisher ist die Aufklärung zu Klimawandel und den zu erwartenden Extremwetter Ereignissen durch die Politik unzureichend. Insbesondere werden die möglicherweise katastrophalen Auswirkungen zu wenig erklärt und die zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und der zur Anpassung notwendigen Maßnahmen begründet und erläutert. Inzwischen sind alle interessierten und der Wissenschaft vertrauenden Menschen einigermaßen im Bilde. Aber es gibt immer noch (zu) viele, die das alles für Humbug und Fakenews halten und die deswegen sofort in die Opposition gehen, weil sie die Zusammenhänge nicht begreifen. Hier wäre vonseiten der Politik eine klare Haltung und eine gute Begründung für die erforderlichen Maßnahmen sinnvoll, um die Skeptiker mitzunehmen und den anderen zu zeigen, dass eine ernsthafte zukunftsorientierte Politik wieder Hoffnung auf eine gute Zukunft macht.

Die Transformation der Produktionsweise und der Produkte bringen temporär Arbeitslosigkeit und höhere Unsicherheit für die Unternehmen mit sich. Um dem effektiv entgegen zu wirken, müssen Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen konzipiert werden, um diejenigen, die ihre Jobs verlieren werden, für zukunftsfähige Arbeitsbereiche vorzubereiten. Unabhängig von Klimaschutz und Klimaanpassung werden sowieso viele „mechanische“ Berufe durch automatisierte KI Anwendungen ersetzt werden. Diese Mitarbeiter*innen können vermutlich nicht für Pflegeberufe umgeschult werden, wohl aber für „Elektrifizierungs-Jobs“, für Beschäftigung in Recycling- und Entsorgungsanlagen, in der Landschafts, Wald- und Moorpflege sowie in allen anderen Arbeiten, die für den Klima- und Umweltschutz erforderlich sind.

Es braucht neue Wachstumsziele: für maximalen Klima- und Umweltschutz, für maximale Daseinsvorsorge und für eine deutliche Reduzierung des Energieverbrauch. Alle Geräte, Maschinen und Tätigkeiten, die Energie verbrauchen, müssen auf ihre Notwendigkeit und Effizienz geprüft werden und ihre Energie ausschließlich aus Erneuerbaren Quellen beziehen.

Geldpolitik, Ordnungspolitik für Banken, Handelspolitik, Finanzpolitik und Steuerpolitik müssen nachfrage- und gemeinwohlorientiert reformiert werden, um der wirtschaftlichen Entwicklung wieder eine positive Richtung zu geben. Am Sozialstaat darf dabei nicht gespart werden. Das schafft Vollbeschäftigung und Wohlstand – vor allem für die Vielen und nicht nur für Wenige.

Unser Vorschlag für eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft mit Fokus auf Klimaschutz und Klimaanpassung zu den von Ihnen genannten Fragen:

Zu Frage 1.a) Welche zusätzlichen, konkreten Maßnahmen in den Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Landnutzung/Forst (auch sektorübergreifende Maßnahmen), bzw. Änderungen bestehender Maßnahmen können dabei helfen, diese Ziele sicher zu erreichen?

Der Strukturwandel benötigt Geld und Arbeitskräfte

Jeder Sektor muss umstellen auf fossilfreie Energie. Die Landwirtschaft muss außerdem die Treibhausgasemissionen (Methan und Lachgas) reduzieren und die Kohlenstoffbindung im Boden verbessern. Für diesen Strukturwandel braucht es für alle Sektoren und alle Betriebe, die sich umstellen, Geld und Arbeitskräfte. In Deutschland gibt es leider viel zu viele Bürger*innen, die unterbeschäftigt und arbeitslos sind. Diese gilt es zu fördern und zu qualifizieren, damit sie eine Vollbeschäftigung für den Strukturwandel eingehen können.

Außerdem gibt es viele Arbeitskräfte, die in „brauner“ Industrie gebunden sind. Diese fossilabhängige Industrie/ Energie muss sich wandeln oder tatsächlich den Markt verlassen, damit Arbeitskräfte in fossilfreien Bereichen eingesetzt werden können. Für die Qualifizierung dieser Arbeitskräfte sollten sich nicht nur Arbeitsagenturen und Bildungsträger, sondern auch die Unternehmen selbst verantwortlich fühlen, so wie es in den ersten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg selbstverständlich war. Konkrete Maßnahmen in Unternehmen könnten sein: zB. Deutschunterricht, Qualifizierungen für die eigenen Betriebsabläufe, Schulungen im Unternehmen uäm.

Damit die Unternehmen bereit sind, für die Transformation in zukunftsfähige, fossilfreie Produktion, Energie, Handel und Verkehr und in die Qualifizierung der Arbeitskräfte zu investieren, bedarf es eines konsequenten Konjunkturprogramms sowie einen Leitzins unterhalb des Produktivitätszuwachses. Sonst sparen die Großunternehmen weiterhin und legen ihre Gewinne am Kapital- und Immobilienmarkt an (Debt shift), wie sie es in den letzten Jahrzehnten verstärkt handhaben, (Unternehmenssparquote siehe [Quelle Bundesbank](#)). Die Gemeinwohl-Ökonomie befürwortet eine vergünstigte Kreditaufnahme für alle Geschäftsideen, die dem Klima- und Umweltschutz und/oder sozialen Projekten und anderen gemeinwohl-orientierten Vorhaben dienen. Dabei sollten Banken mit einer ausschließlich nachhaltigen Ausrichtung bevorzugt werden.

Gesamtwirtschaftlich entstehen durch die Transformation zwar neue Kosten, aber auch neue Einkommen. Die Kosten für mehr Klima- und Umweltschutz, die bei den Unternehmen entstehen (etwa für technische Neuerungen wie Katalysatoren oder Abgasfilter uäm.) sind gleichzeitig Einkommen für deren Hersteller und Monteure. Das bedeutet, neue Jobs werden entstehen, andere verschwinden (zB. die aus den fossilen Industrien).

Damit der Markt, insbesondere die Industrie, schneller reagiert, wäre eine steigende Besteuerung für fossile Energie hilfreich. Dauerhaft steigende Preise fossiler Energie bei gleichzeitig globaler Reduzierung der Förderung wären am wirksamsten.

Zu Frage 1.b): Welche finanziellen oder rechtlichen Voraussetzungen, einschließlich Ordnungsrecht, sind dafür erforderlich?

GWÖ- Lösungen:

- ! direkte und indirekte Subventionen nur noch für Erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft und klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen
- ! Wettbewerbsvorteile bei Besteuerung, Kreditvergabe und öffentlichem Einkauf für Klimaschutzaktive und gemeinwohl-bilanzierte Unternehmen

- ! Ordnungspolitische Maßnahmen für den Klima- und Umweltschutz (Emissionsstandards und Grenzwerte, Energieeffizienz-Vorschriften, Technologie Vorschriften, Vorschriften für Recycling und Entsorgung)
- ! steuerpolitische Maßnahmen: zB. reduzierter MWSt-Satz von 7% für klimafreundliche Produkte und Lebensmittel, regulärer MWSt-Satz für klimaschädliche Produkte und Lebensmittel (auch wenn sie derzeit zu den Grundnahrungsmitteln gehören, wie zB. Fleisch oder Fleischprodukte)
- ! Werbung nur noch für klimafreundliche Produkte erlauben

Finanzielle Voraussetzungen

Es braucht neben den privaten Investitionen der Unternehmen wesentlich mehr Subventionen in erneuerbare Energien, fossilfreie Produktion und Mobilität und die ökologische Landwirtschaft. Subventionen in braune Energie, Produktion und Mobilität sollten direkt so schnell wie möglich auslaufen oder gleich ganz enden. Subventionen an Landwirtschaftsbetriebe, die die größten Flächen bewirtschaften, begünstigen industrielle Landwirtschaft sowie klima- und umweltschädliche Arbeitsmethoden. Stattdessen sollten Subventionen nur an Betriebe vergeben werden, die klima- und umweltschonend, also ökologisch produzieren und artgerechte Tierhaltung betreiben. Die Anzahl der in Massentierhaltung gehaltenen „Nutztiere“ müssen konsequent und stetig reduziert werden.

Staatliche Ausgaben für den Strukturwandel sollten sich an den verfügbaren Arbeitskräften und Ressourcen orientieren und nicht an starren Schuldenzielen. Solange Menschen arbeitslos sind und Kapazitäten ungenutzt bleiben, kann der Staat investieren, ohne eine Inflationsgefahr zu verursachen.

Natürlich sollte auch der Unternehmenssektor für die notwendigen Ausgaben Kredite aufnehmen. Doch dafür muss sich die Wirtschaft in einer Phase des Aufschwungs befinden. Konjunktur lässt sich nur durch konsequente Nachfragepolitik ankurbeln.

Öffentliche Ausgaben für Investitionen und Förderinstrumente können ausgeweitet werden. Bei erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung ist eine Finanzierung über Staatsanleihen einschließlich der damit verbundenen Zinszahlungen vertretbar.

Allerdings kann auch die EZB das Geld bereitstellen für öffentliche Investitionen in nachhaltige Infrastruktur, Bildung, das Gesundheitswesen, den Umbau in fossilfreie Produktion und Mobilität. Bei politischem Willen ist dies auch ohne Änderung des EU-Rechts möglich: Über die Emission von Gemeinschaftsanleihen durch die Europäische

Konsultation des BMUKN, Januar 2026

Investitionsbank und deren Ankauf durch die EZB könnten zusätzliche Investitionsmittel mobilisiert werden, die den Mitgliedstaaten für die Förderung des Gemeinwohls zur Verfügung stehen, ohne die nationale Verschuldung unmittelbar zu erhöhen.

In ähnlicher Form ist dies in der Corona-Pandemie und dem Krisenfonds „NextGenerationEU“ bereits vorexerziert worden.

Für die Ausgaben für Klimaschutz-Transformation in Deutschland und Europa sind dringend die volkswirtschaftlich unberechtigten Schuldenregeln zu reformieren. Die Staatsausgaben für Aufträge und Subventionen könnten wesentlich einfacher und transparenter funktionieren, wenn das Euro-System weiterentwickelt wird. Die ideale Voraussetzung für den notwendigen Strukturwandel wäre ein Europäisches Finanzministerium, mit dem die Europäische Union Ausgaben für den Strukturwandel direkt über die Europäische Zentralbank tätigen kann. Mindestens sollte die EZB befähigt werden, den Mitgliedsstaaten direkt Staatsanleihen zu verkaufen anstatt über den zinsaufwendigen Umweg über die Geschäftsbanken.

Außerdem muss vordringlich endlich die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden, die seit mehr als 25 Jahren ausgesetzt ist. Jährlich gehen dem Staat dadurch Einnahmen von geschätzt 10-20 Milliarden Euro verloren, die für die Investitionen in Klima- und Umweltschutz, Infrastruktur, Mobilität sowie Schulen und Bildung, Gesundheitssystem und Pflege, Sport und Kultur und diverse andere für das Gemeinwohl wichtige Projekte dringend benötigt werden.

https://www.diw.de/de/diw_01.c.525536.de/rueckkehr_der_vermoeegensteuer_koennte_geld_in_die_staatskasse_bringen_aber_auch_zu_ausweichreaktionen_fuehren.html

Auch die Reformierung der Erbschafts- und Schenkungssteuer ist längst überfällig. Hier sind alle Schlupflöcher und Ausnahmen, die Überführung in Stiftungen usw. grundsätzlich abzuschaffen. Wie bei der Vermögenssteuer sollte auch die Erbschafts- und Schenkungssteuer erst ab größeren Vermögen (zB. ab 5 Millionen Euro) greifen und dann progressiv von 10 bis 50% ansteigen. Damit würde eine unverhältnismäßige Kumulierung hoher Vermögen abgebremst und gleichzeitig der besonders hohe Ressourcenverbrauch und CO₂-Abdruck der Überreichen durch eine angemessene Beteiligung an der Finanzierung von Klima- und Umweltschutz wenigstens zu einem Teil ausgeglichen. Wie Oxfam aktuell erneut berechnet hat, haben die reichsten 1% der Weltbevölkerung schon am 10. Januar die ihnen zustehenden Ressourcen und CO₂-Emissionen ausgeschöpft (<https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2026-01-10-reichste-prozent-hat-treibhausgasbudget-2026-bereits>)

Rechtliche Voraussetzungen, einschließlich Ordnungsrecht

Wettbewerbsvorteile für Nachhaltigkeit

Die GWÖ sieht die Lösung in einer Wirtschaftspolitik, die konsequent ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften im Wettbewerb bevorteilt und umweltschädliches Wirtschaften benachteiligt. Durch geringere Steuern, höhere Subventionierung, Bevorzugung bei öffentlicher Vergabe, Krediten und Flächenverteilung werden die Preise von umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen geringer sein als andere.

Nachhaltigkeitsberichtserstattung mit rechtlichen Konsequenzen

Alle Unternehmen sollten über Ihre Nachhaltigkeit berichten und nach dem Ergebnis rechtliche Konsequenzen erfahren bzgl. Besteuerung, Kreditvergabe, öffentliche Vergabe. Die Lieferketten-Sorgfaltspflicht (CSDDD) und die Nachhaltigkeits-Berichtspflicht (CSRD) schaffen eine große Menge an Daten, allerdings ist ihre Wirksamkeit auf den Klimaschutz im Verhältnis zum Aufwand gering. Die GWÖ ist für die Einführung einer Gemeinwohl-Bilanz und entsprechender rechtlicher Konsequenzen. Diese Bilanz überprüft neben der ökologischen Nachhaltigkeit die Werte: Menschenwürde, Gerechtigkeit, Transparenz. Die Messung des wirtschaftlichen Erfolgs anhand der oben genannten Werte, inklusive einer externen Auditierung, sollte gesetzlich verankert werden.

Gemeinwohlorientierte Unternehmen und Organisationen sollten Vorteile bei öffentlicher Beschaffung und durch geringere Steuern haben. Branchen und Industrien, die nicht ökologisch nachhaltig sind, sollten mit höheren Steuern belegt werden. Der gesetzliche CSR-Nachhaltigkeitsbericht sollte verschlankt werden und die Kriterien der Gemeinwohl-Bilanz aufnehmen. Er sollte messbar und vergleichbar sein und sein Ergebnis sollte zu rechtlichen Konsequenzen führen.

Ge- und Verbote im Ordnungsrecht

Wie schnell der Umstieg auf erneuerbare Energien gelingt, hängt auch von der Ordnungspolitik (Ge- und Verbote) ab. Verbote für klimaschädliche Energie, Produktion und Mobilität sind beste Innovationstreiber für die Wirtschaft. Preissignale durch staatlich gesteuerte Energie-Preisentwicklung wirken nachhaltiger als Verbote, da sie den Menschen ermöglichen, selbst praktische Lösungen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene zu finden.

Werbung für ökologisches Konsumverhalten

Werbung für Produkte, dessen Produktion und Gebrauch Schäden an Menschen und Natur verursachen, wird in der Gemeinwohl-Bilanz als negativ bewertet. In einer wirkungsvollen Umweltpolitik sollte der Staat neben dem Produktions- auch das Konsumverhalten beeinflussen. Ziel sollte es sein, die Bürger*innen zu ökologischem Konsum zu ermutigen. Werbung für umweltschädigende Produkte sollte nicht möglich sein. Abgesehen davon müssen umweltschädigende Produkte perspektivisch entweder gänzlich verboten oder durch staatliche Preissignale vom Markt gedrängt werden.

Zu Frage 2):

Wie kann das Klimaschutzprogramm so ausgestaltet werden, dass es vulnerable Gruppen und insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen nicht überfordert, eine faire Verteilung der Kosten und Nutzen gewährleistet werden und eine hohe gesamtgesellschaftliche Akzeptanz findet?

GWÖ - Lösungen:

- ! Steuerpolitik: massive Entlastung der Menschen mit geringerem und mittlerem Einkommen
- ! Starke Sozialpolitik, Daseinsvorsorge
- ! Wachstumspolitik in den Diensten des Gemeinwohls
- ! Vollbeschäftigung und adäquate Löhne

In einer Demokratie gewinnt das Ziel Klimaschutz nur an Mehrheit, wenn die Menschen abgesichert sind in ihrer Beschäftigungsperspektive, die soziale und technische Infrastruktur und Daseinsvorsorge auf qualitativ hohem Stand ist und Wohlstand greifbar wird. Unter Wohlstand und Lebensqualität versteht die GWÖ: soziale Sicherheit, Gesundheit, Zufriedenheit, Teilhabe, Bildung und Kultur, ökologische Nachhaltigkeit und positive Zukunftsaussichten.

Steuerpolitik: Notwendige Umverteilung der Einkommen

Eine dauerhafte Preiserhöhung fossiler Energien wird keine politische Mehrheit gewinnen. Nur wenn eine starke Umverteilung von Einkommen und Vermögen angegangen wird, so dass die Mehrheit der Gesellschaft bessergestellt wird, kann das gelingen. Es ist eine umfang-

reiche Umverteilung zugunsten von Menschen mit niedrigen Einkommen erforderlich, da sie überproportional von den steigenden Energiepreisen für Mobilität und Konsum betroffen sind. Daher ist eine Steuerreform nötig, die Menschen geringen und mittleren Einkommen entlastet und Multi-Millionäre insbes. Milliardäre stärker zur Kasse bittet. Nur so wird ein ökologischer Strukturwandel politisch durchsetzbar sein. Der durch mehr Wohlstand entstehenden stärkeren Nachfrage, müssen Klima- und Umweltfreundliche Produkte sowie CO₂-emissionsarme Angebote gegenüberstehen, so dass der Nachfrageanstieg Klima und Umwelt nicht weiter belastet (Entkoppelung).

Menschenwürdige Sozialpolitik

Ohne eine starke Sozialpolitik wird der notwendige Strukturwandel und damit auch die Klimapolitik auf Ablehnung stoßen. Statt Energie künstlich billig zu halten, sollten einkommensschwache Menschen gezielt unterstützen werden. Damit vulnerable Gruppen nicht durch höhere Strompreise zu sehr belastet werden, müsste die Grundsicherung erhöht werden, Steuern für Geringverdiener*innen gesenkt, der Mindestlohn angehoben und die Sozialabgaben verringert werden. So können alle selbst entscheiden, ob sie mehr für Energie ausgeben oder Energie sparen und das eingesparte Geld anders nutzen möchten. Eine Energiewende ist politisch nur durchsetzbar, wenn die ärmeren Bevölkerungsschichten durch eine menschenwürdige, großzügige Sozialpolitik geschützt werden.

Öffentliche Daseinsvorsorge & ökologische Transformation

Soziale Sicherheit begründet sich darüber hinaus auf bestmöglicher öffentlicher Daseinsvorsorge. Wenn die simple Grundversorgung fehlt wie Bildung, Mobilität, Gesundheit, Pflege und bezahlbarer Wohnraum, dann schwindet das Vertrauen der Bürger*innen in den Staat und rechte Parteien gewinnen. Die Privatisierung von öffentlichen Gütern und Infrastruktur sollte beendet und zurückgefahren werden. Gemeinschaftsaufgaben wie Gesundheit, Bildung, Kultur, sozialer Wohnungsbau, Verkehrsnetze, Energie und Wasser sollten öffentlich bereitgestellt sein und frei von Gewinnmaximierung sein.

Um den drohenden Klimawandel abzuwenden, müssen wir direkt auf eine ökologisch nachhaltige Form des Wirtschaftens umsteigen. Doch diese ökologische Transformation erfährt nur Zustimmung, wenn die Wirtschaftspolitik eine breite Mehrheit der einkommensschwächeren Menschen besserstellt. Und das ist gegeben, wenn alle Arbeitssuchenden eine sinnstiftende, und gemeinwohl-stiftende Arbeit finden, die auch adäquat entlohnt wird, wenn sie eine aus-

reichende Rente erwarten können und sich sicher sein können, beste Gesundheits- und Pflegeversorgung zu erfahren.

Wachstum in den Diensten des Gemeinwohls

Um die Bereitschaft der Bürger zu gewinnen, die unvermeidlichen Kosten zusätzlichen Umweltschutzes in Form von Verzicht auf billige Wegwerfprodukte u.a. gemeinwohl-schädliche Konsumprodukte und schnellerem Strukturwandel zu tragen, muss sich die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend verbessern. Ohne stabile wirtschaftliche Verhältnisse und Lösung akuter Probleme fehlt die Grundlage für mehr Umweltschutz. Ein gerechter Übergang erfordert soziale Sicherheit und eine Politik, die auf Vollbeschäftigung zielt. Nur so können Menschen nach Jobverlust schnell neue Arbeit finden. Die Politik der letzten Jahrzehnte jedoch hat Arbeitslose stigmatisiert und viele in prekäre Jobs gedrängt – mit hoher Verunsicherung als Folge.

Vollbeschäftigung und adäquate Löhne

Die grüne Wirtschaft soll die braune ablösen. Natürlich verlieren dabei viele Arbeitskräfte und Unternehmen ihre Positionen, doch zugleich können neue Branchen und neue Arbeitsplätze in nachhaltigen Bereichen entstehen, wenn die richtigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erfolgen. Derzeit haben wir Arbeitskräftemangel in sozialen und ökologischen Berufen. In erster Linie, weil diese Berufe schlechten Arbeitsbedingungen unterliegen bzw. nicht passend entlohnt werden. Der Strukturwandel sollte also auch mit guter Lohnpolitik einhergehen, die auch solche Berufe am Produktivitätsanstieg und der Zielinflationsrate teilhaben lässt.

Zu Frage 3:

Welche Änderungen von Rahmenbedingungen und Anreizen können dabei helfen, weitere Investitionen in die Transformation zur Klimaneutralität und die Marktdurchdringung von Schlüsseltechnologien für die Klimaneutralität zu beschleunigen? Wie kann dabei die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestärkt werden? Wie kann die Wirksamkeit marktwirtschaftlicher Instrumente bestmöglich gewährleistet werden?

Aus Sicht der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) bedarf es veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die Investitionen und wirtschaftliches Handeln systematisch in Richtung ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und langfristige Gemeinwohlwirkung lenken. Die Beschleunigung von Investitionen und der Marktdurchdringung klimaneutraler Schlüsseltechnologien gelingt dann, wenn ökologische Kostenwahrheit (Internalisierung externer Umwelt- und Klimakosten), soziale Gerechtigkeit und verlässliche politische Rahmenbedingungen zusammenwirken.

Klimaneutralität ist aus Sicht der GWÖ kein rein technisches oder marktliches Optimierungsziel, sondern eine zentrale Voraussetzung für intergenerationale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und das Gemeinwohl insgesamt.

Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien senken langfristig Energie- und Importkosten, erhöhen die gesamtwirtschaftliche Produktivität und stabilisieren die Wettbewerbsfähigkeit.

Marktwirtschaftliche Instrumente sind für die Erreichung der Klimaneutralität unverzichtbar, müssen jedoch am Gemeinwohl ausgerichtet und durch klare politische Leitplanken ergänzt werden.

1. **Verlässliche Rahmenbedingungen für erfolgreiche Klimapolitik**

- ! Rechtlich verbindliche Klimaziele, Emissionsbudgets und sektorale Transformationspfade
- ! Langfristige Planungssicherheit für Unternehmen und Investoren
- ! Reduktion von Investitionsrisiken, Beschleunigung klimarelevanter Investitionen

2. **CO₂-Bepreisung als Instrument der Kostenwahrheit**

Die GWÖ befürwortet eine wirksame CO₂-Bepreisung, da sie den zentralen Fehler unserer Marktwirtschaft korrigiert: die bislang unzureichende Internalisierung externer Umwelt- und Klimakosten. Entscheidend dabei sind

- ! Ein verlässlicher, steigender CO₂-Preis als klares Investitionssignal
- ! Die vollständige Rückverteilung der Einnahmen zur sozialen Abfederung (z.B. Klimageld)
- ! Die Vermeidung regressiver Wirkungen auf einkommensschwache Haushalte

3. **Abbau klimaschädlicher Subventionen**

- ! Klimaschädliche Subventionen (zB. Dieselprivileg, Dienstwagenbesteuerung, Kerosin steuerbefreiung, Landwirtschaftsförderung nach Fläche) widersprechen dem Prinzip fairer Märkte und verzerren den Wettbewerb zulasten nachhaltiger Lösungen.

4. **Gemeinwohlorientierte Förder- und Finanzierungsinstrumente**

- ! Förderung nach ökologischem und sozialem Marktwert, nicht nur nach Kosten- und Effizienzkriterien
- ! Gemeinwohlorientierte Akteure (KMU, Genossenschaften, kommunale Akteure) bei Steuern und Wirtschaftsförderung bevorzugen
- ! Transformationsfonds mit klarer Gemeinwohlbindung
- ! Bonus-Systeme für hohe Gemeinwohlbeiträge
- ! Vereinfachter und verbilligter Zugang zu Kapital für regionale und soziale Projekte

5. **Öffentliche Beschaffung als Markthebel**

- ! Verbindliche Klima- und Gemeinwohlkriterien in öffentlichen Ausschreibungen
- ! Langfristige Abnahmegarantien für klimaneutrale Produkte
- ! Vorreiterrolle der öffentlichen Hand bei neuen Technologien sowie der Realisierung von Klimaschutz- und Umweltschutz-Projekten
- ! Skaleneffekte, Kostensenkung, schnelle Marktetablierung

6. **Handelbare Zertifikate und Quoten mit Gemeinwohl-Leitplanken**

Marktmechanismen wie Emissionshandel oder Quoten können effizient sein, müssen jedoch auf ambitionierten, wissensbasierten Obergrenzen beruhen, Spekulation begrenzen und ökologische Zielerreichung klar über Kosteneffizienz stellen

7. **Transparenz, Haftung und Verantwortung**

- ! Verbindliche Offenlegung von Klima- und Transformationswirkungen
- ! Offenlegung von Klimarisiken im Finanzsektor
- ! Klare Haftungsregeln für Umwelt- und Klimaschäden
- ! Integration von Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlkriterien in Kreditvergabe und Risikobewertung → Umlenkung von Kapitalströmen in reale, wirksame Transformation
- ! Verbindliche Klima- und Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die GWÖ verfügt mit der [Gemeinwohl-Bilanz/Matrix](#) über ein marktwirtschaftliches Lenkungsinstrument zur Erreichung der Klimaneutralität, da sie genau dort ansetzt, wo klassische Märkte versagen: bei fehlender Kostenwahrheit, mangelnder Transparenz und kurzfristiger Gewinnorientierung. Durch die standardisierte Bewertung ökologischer Wirkungen werden klimarelevante Aspekte systematisch in unternehmerische Entscheidungsprozesse integriert. Bei breiter Anwendung, u.a. durch eine Vorreiterrolle bei der öffentlichen Beschaffung sowie bei Förder- und Finanzierungsinstrumenten verschiebt sich der Wettbewerb zugunsten klimaneutraler Geschäftsmodelle. Die GWÖ-Bilanz ergänzt damit Instrumente wie CO₂-Bepreisung und Regulierung und erhöht deren Wirksamkeit.

Zu Frage 4:

**Wie kann das Klimaschutzprogramm Impulse zur Belebung der Konjunktur geben?
Worauf sollte angesichts der substanziellen Konsolidierungsbedarfe im Bundeshaushalt sowie der gebotenen Kosteneffizienz besonderes Augenmerk gelegt werden?**

Ein umfassend finanziertes Klimaschutzprogramm kann aus Sicht der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) ein zentraler Motor für eine nachhaltige konjunkturelle Belebung sein, wenn ökologische Transformation gezielt mit Beschäftigung, regionaler Wertschöpfung und sozialer Stabilität verknüpft wird. Großvolumige Investitionen in Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, Wärmewende, Speicher, Netze und öffentlichen Verkehr erzeugen unmittelbar Nachfrage- und Beschäftigungseffekte. Aufgrund hoher Arbeitsintensität und regionaler Wertschöpfung entfalten diese Investitionen eine starke gesamtwirtschaftliche, konjunkturelle Multiplikator-Wirkung. Durch Vorfinanzierung, Abnahmegarantien, klare Transformationspfade und öffentliche Vorreiterrolle können neue Technologien rasch skaliert und private Investitionen ausgelöst werden. Gezielte Förderung regionaler Unternehmen, Genossenschaften und kommunaler Projekte erhöht die lokale Wertschöpfung und

Einkommensstabilität. Parallel dazu stärken Investitionen in soziale und gemeinwohlorientierte Infrastruktur die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

In Bezug auf die Frage der fiskalischen Konsolidierung kommt die Gemeinwohl-Ökonomie zu folgender Einschätzung:

Die heutige Lage Deutschlands ist dadurch geprägt, dass private Haushalte sparen (Vorsorge, Alterung), Unternehmer investieren seit einigen Jahren viel zu wenig und das Ausland nimmt aufgrund starker Wettbewerber deutsche Überschüsse (Exporte) nur noch begrenzt auf. Folglich muss der Staat die makroökonomische Ausgleichsrolle einnehmen, um eine Rezession zu vermeiden.

Die Schuldenbremse schreibt dem Staat im Voraus vor, wie hoch sein Defizit sein darf. Sie berücksichtigt dabei nicht, dass in einer Volkswirtschaft immer mindestens ein Bereich – Staat, Unternehmen oder private Haushalte – Schulden machen muss, damit das System insgesamt funktioniert. Sie behandelt den Staat wie einen Privathaushalt und blockiert somit den einzigen Akteur, der systematisch fürs Gemeinwohl investieren kann. Die Folgen sind ein öffentlicher Investitionsstau (Bildung, Bahn, Kommunen, Klimaschutz), keine reale Verwendung privater Ersparnisse und stagnierende Produktivität. Ohne eine Reform der Schuldenbremse droht Deutschland eine weitere Verschärfung der rezessiven Entwicklung.

Zu Frage 5: Wie kann das Klimaschutzprogramm dazu beitragen, das Zusammenwirken bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zwischen Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu optimieren?

Das Klimaschutzprogramm kann das Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen entscheidend verbessern, wenn es nicht nur Zielvorgaben setzt, sondern kooperative Umsetzungsstrukturen schafft. Aus GWÖ-Sicht ist ein Klimaschutzprogramm dann wirksam, wenn es nicht als Topdown-Instrument, sondern als kooperativer Rahmen zur gemeinsamen Wahrnehmung von Verantwortung eingesetzt wird. Klimaschutz muss als Gemeinschaftsaufgabe begriffen werden – nicht als Durchgriff. Top-down-Programme erzeugen Widerstände und Verzögerungen. Klimaschutz ist eine Ko-Produktion zwischen Bund, Land und Kommune. Wissen, Verantwortung und Legitimation sind verteilt. Das GWÖ-Prinzip lautet: Partnerschaft statt Hierarchie. Dabei unterstützen:

- ! Institutionalisierte Bund-Länder-Kommunen-Kooperationsgremien
- ! Mitgestaltung der Kommunen bei Zielpfaden & Instrumenten

- ! Rückkopplung realer Umsetzungserfahrungen
- ! Ständige Bund-Länder-Kommunen-Klimaräte
- ! Gemeinsame Umsetzungsplattformen
- ! Regelmäßige Feedbackschleifen aus der Praxis

Langwierige Genehmigungen bremsen Investitionen aus. Das gilt auch für den Klimaschutz. Deshalb sind Verfahren zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu vereinfachen und bürokratische Hürden abzubauen. Zeit ist ein entscheidender Klimafaktor, jedoch ist Transformation ein intensiver Lernprozess über Ebenen hinweg, der eine kooperative Lernkultur voraussetzt. Austauschplattformen für Best Practices und Monitoring, nicht als Kontrolle, sondern als Feedbackinstrument helfen bei dem Lernprozess.

Klimaschutz braucht gesellschaftliche Akzeptanz. Kommunale Beteiligungsformate mit transparenter Zielkonflikt-Kommunikation ermöglichen die frühzeitige Einbindung von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Bürger*innen. Sie sind kein optionaler Zusatz sondern Erfolgsfaktor. Klimaschutz stärkt Demokratie.

Gemeinwohl spricht Klimaschutz braucht handlungsfähige Institutionen. Es ist eine dauerhafte Finanzierung (statt Projektlogik) für Aufbau von Knowhow, Personal und Infrastruktur notwendig. Klimaschutz ist eine Zukunftsinvestition, dagegen sind unterlassene Investitionen gesellschaftliche Kosten. Kurzfristige, projektbezogene Förderprogramme überfordern die Kommunen. Notwendig ist ein mehrjähriger Investitionsrahmen statt Einzelprogrammen („Klimabudgets“), wobei den öffentlichen Förderbanken (KfW, Landesbanken) eine stärkere Rolle zu übertragen ist. Konkurrenz zwischen Haushaltsdisziplin, Standortpolitik und Klimazielen darf es nicht geben. Der Klimaschutz ist vorrangiges Gemeinwohl-Ziel.

Klimaschutz unter Haushaltsvorbehalt darf es nicht geben. Deshalb sind Klimainvestitionen explizit von Konsolidierungslogik zu entkoppeln. Das Motto sollte lauten: Verantwortung für kommende Generationen vor Schuldenfixierung. Langfristige Wirkungsbilanz ist wichtiger statt kurzfristiger Haushaltszahlen. Deshalb sollten alle Kommunen verpflichtet werden, von der bisherigen einfachen Haushaltsführung auf eine moderne doppelte Buchführung umzustellen, bei der Vermögen und Schulden sichtbar werden. So wird klarer, dass öffentliche Investitionen kein „Verlust“ sind, sondern den privaten Ersparnissen entsprechen und helfen, wirtschaftliche Abschwünge zu vermeiden.

Um das strukturelle Finanzproblem der Kommunen zu lösen, müssen sie von den erschlagenden Sozialausgaben befreit und stärker über feste Zuweisungen statt schwankender Steueranteile finanziert werden. Die Höhe der Zuweisungen sollte sich an der

Bevölkerungs- und Unternehmensdichte orientieren. Dauerhafte Ausgaben erfordern verlässliche, dauerhafte Einnahmen; konjunkturabhängige Steuern sind dafür ungeeignet.

Abhilfe aus der finanziellen Engpasslage würde durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer geschaffen werden. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht vermittelbar, dass die Bundesregierung seit 1996 keine Vermögenssteuer erhebt und die Erbschaftssteuer mittlerweile als „Dummensteuer“ verhöhnt wird. Es zahlen nämlich nur diejenigen eine angemessene Erbschaftssteuer, die sich nicht (ausreichend) von Anwälten und Experten haben beraten lassen, um all die vorhandenen Schlupflöcher in ihrem Sinne „positiv“ auszunutzen.

Eine faire, sozial gerechte und gemeinwohl-orientierte Gesellschaft organisiert Politiken und die Regeln für die Wirtschaft so, dass alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer Möglichkeiten und Leistungsfähigkeit an den Aufgaben und Herausforderungen, aber auch an den Chancen und Möglichkeiten beteiligt werden.

Über die Gemeinwohl-Ökonomie | ECO n GOOD

Die international agierende Gemeinwohl-Ökonomie-Initiative nahm 2010 von Österreich ihren Anfang. Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) ist ein zukunftsorientiertes Wirtschaftsmodell, in dem das „Gute Leben“ für alle das oberste Ziel ist. Die GWÖ basiert auf folgenden Grundwerten: Menschenwürde, Ökologische Nachhaltigkeit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, Mitentscheidung und Transparenz. Das Herzstück der Gemeinwohl-Ökonomie ist die Gemeinwohl-Bilanz. Sie ermöglicht Unternehmen einen systematischen 360-Grad-Blick auf ihr Handeln. Das Ergebnis wird in einem transparenten Punktesystem dargestellt. Die Gemeinwohl-Bilanz ist als weltweit erster Nachhaltigkeitsstandard konzipiert und macht den Beitrag eines Unternehmens zum Gemeinwohl vergleichbar und Fortschritte bewertbar.

Fünf Gruppen von Interessengruppen werden berücksichtigt: Lieferant*innen, Eigentümer*innen und Finanzpartner*innen, Mitarbeitende, Kund*innen und das gesellschaftliche Umfeld. Die Initiative umfasst weltweit derzeit rund 5.000 Mitglieder in über 170 Regionalgruppen, mehr als 1.400 bilanzierte Unternehmen, Organisationen und Kommunen, die die Vision der Gemeinwohl-Ökonomie verbreiten, umsetzen und weiterentwickeln.

Rückfragen zur Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ)

Pressekoordination GWÖ Deutschland

Sibylle Reuter

press-germany@econgood.org

Vorstand GWÖ Deutschland

Jutta Hieronymus

jutta.hieronymus@econgood.org

<https://germany.econgood.org>

Anlage 1 zum Konsultationsverfahren BMUKN, Januar 2026

weitere Vorschläge für konkrete Maßnahmen, die schnellstmöglich umgesetzt werden sollten

- 1. Verkehr / Mobilität**
- 2. Bauen / Gebäude / Wohnen**
- 3. Energie**
- 4. Land- und Forstwirtschaft**
- 5. Ernährung / Gesundheit**

1. Verkehr / Mobilität

Allgemeine Priorität: Verkehrsvermeidung und -verlagerung

Förderung von Fahrrad- und Fußverkehr

Carsharing und Angebote für Mitfahrgelegenheiten fördern

Tele-Arbeit und Home-Office fördern

Logistikoptimierung und Elektrifizierung fördern

Verlagerung auf die Schiene unterstützen

Parken und Stellflächen für PKWs und Wohnmobile im öffentlichen Raum begrenzen und kostenpflichtig gestalten

Einschränkung der Nutzung privater PKWs im städtischen Bereich ☒ Nutzung der frei werdenden Flächen für Klimaresilienz und Aufwertung der Stadt durch heimische Bäume, Sträucher und Grünflächen (kühlende Grünoasen, Schwammstadt usw)

Beschränkung der Zulassungszahlen für neue PKWs und Wohnmobile

Fuß- und Radverkehr fördern

ausreichend breite Gehwege

Absenkungen in den Kreuzungsbereichen für Gehwagen, Rollstühle und Kinderwagen, sichere, vom Autoverkehr baulich getrennte Radwege

farbige Kennzeichnung der Radewege

Ampelschaltungen mit Vorrang für den Fuß- und Radverkehr

überdachte und abschließbare Fahrradstellplätze in Wohngebieten mit überwiegend Mehrfamilienhäusern aufbauen (niemand möchte ein teures Rad oder E-Bike täglich über enge Treppen in den Keller schleppen müssen)

öffentliche Ladeinfrastruktur für E-Bikes auf- und ausbauen

Massiver Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs

Attraktive, bezahlbare und flächendeckende Angebote mit emissionsfreien Verkehrsmitteln (Elektrobusse, Schienenverkehr)

Kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für Schüler*innen, Azubis und Studierende sowie für Bürgergeld-Empfänger*innen und Geringverdiener

Erleichterung des Abschieds vom privaten Auto durch kostenfreie Nutzung von Taxis für Rentner.

Deutschland-Ticket günstiger gestalten ☑ 29 € oder 39 €/ Monat (max. 49 €)
max. 19 € für Schüler*innen, Azubis und Studierende sowie für Bürgergeld-Empfänger*innen und Geringverdiener

Förderung von Elektromobilität und alternativen Antrieben

Ausbau der Ladeinfrastruktur

Subventionen für E-Fahrzeuge

Förderung von Wasserstoff- und Brennstoffzellenfahrzeugen

Vereinheitlichung der Akkus (einfacher Akkutauch statt langwieriges Laden)

Vereinheitlichung der Ladeanschluss-Buchsen / Kabel (Herstellerunabhängiges Laden)

Motorisierter Individualverkehr

Neue PKW, Motorräder und -Roller, Wohnmobile, Lieferwagen, Busse und LKW usw. konsequent nur noch mit E-Antrieb zulassen

öffentliche Ladeinfrastruktur in Städten und Gemeinden für E-Fahrzeuge ausbauen, damit auch Menschen aus Mietwohnungen auf ein E-Auto umsteigen können

Tempolimits konsequent einführen / umsetzen

30/50 kmh innerhalb geschlossener Ortschaften

80 kmh außerhalb geschlossener Ortschaften

100 kmh auf Schnellstraßen und Autobahnen

keine neuen Straßen und Autobahnen bauen, schon gar nicht wenn dafür ökologisch wertvolle oder landwirtschaftlich nutzbare Flächen zerstört würden

Grundsätzliche Regel: Bahnfahren muss günstiger sein (innerdeutsch und -europäisch)

Flugverkehr verteuern: Aussetzung der Kerosinsteuer aufheben ggfs. deutlich erhöhen

CO₂-Bepreisung für Fluggäste entsprechend der Klimaauswirkungen

Moderne = geringer emittierende Alternativen steuerlich bevorzugen

Abgaben, zB. Start- und Lande-Gebühren entsprechend der Klimaauswirkungen gestalten: ☐ je klimaschädlicher, desto teurer

innerdeutsche Flüge durch günstige, schnelle und zuverlässige Bahnverbindungen ersetzen

CO₂ Steuer für Privatjets und Privatflüge entsprechend ihrer Klimaauswirkungen

Keine neuen Flughäfen oder Erweiterungen von bestehenden Flughäfen

Schiffsverkehr und Kreuzfahrten:

Investitionen in klimafreundliche Alternativen (zB. nachhaltige Kraftstoffe, Wasserstoff etc.) fördern

die Entwicklung emissionsarmer Schiffe (und Flugzeuge) fördern

CO₂ Steuer für Kreuzfahrten entsprechend ihrer Klimaauswirkungen

Fischer-Boote mit jährlich ansteigender CO₂-Bepreisung entsprechend der Klimaauswirkungen

Neue Freizeit-Schiffe und Boote (Motorboote und Yachten) nur noch mit E-Antrieb zulassen

2. Bauen / Gebäude / Wohnen

Auflage für alle neuen Bauprojekte: Bäume müssen erhalten werden, vor allem Alte! abholzen und neu pflanzen zerstört wertvolle Ökosysteme, bis die neuen Bäume diese Biodiversität wieder aufgebaut haben, vergehen Jahrzehnte

alle Bestands-Gebäude mit PV Anlagen auf dem Dach und an geeigneten Fassaden ausstatten

Neue Gebäude so aufstellen, das sie viel Südfläche für PV auf dem Dach und an der Fassade haben

Neue Gebäude nur noch mehrgeschossig bauen, mehr Platz ist in der Höhe eher vorhanden als in der Fläche, dh. keine neuen eingeschossigen Gebäude mehr zulassen, Negativ-Beispiele: Supermärkte verbrauchen viel zu viel Fläche und haben dazu oft noch einen ebenerdigen großen Parkplatz daneben, hier müssten über dem Supermarkt Wohnraum oder Gewerbeflächen oder Bildungszentren uäm. geschaffen werden, ebenso über dem Parkplatz

Innerstädtisch: vorhandene eingeschossige Gebäude prüfen, inwieweit sie für den Aufbau von Wohnraum genutzt werden können

außerhalb von Städten: vorhandene eingeschossige Gebäude prüfen, inwieweit sie für den Aufbau von Wohnraum, Gewerbeflächen oder Bildungszentren etc. genutzt werden können

Keine Neubauten auf landwirtschaftlich nutzbaren Flächen (weder für Wohnraum, noch für Industrie und Gewerbegebiete)

Bei Gebäude-Abriß mehr Recycling und Wiederverwendung von einzelnen Bauteilen (zB. Fenster und Türen, Treppen und Geländer, Heizungselemente uäm)

3. Energie

**Ziele: Energie sparen sparen sparen, wo immer es möglich ist!
wenn Energie benötigt wird, dann zu 100 % erneuerbare einsetzen**

Der Stromsektor muss vollständig auf erneuerbare Energien (Wind, Solar, ggfs. Biomasse) umgestellt werden.

Der Ausbau erneuerbare Energien muss massiv beschleunigt werden, z.B. durch vereinfachte Genehmigungsverfahren und viel mehr Bürgerbeteiligung

Dezentrale Stromversorgung durch weitere Förderungen von PV-Anlagen, zB. Mieterstrom-Anlagen auf Mehrfamilienhäusern mit Mietwohnungen ([Vorbild in Hamburg](#))

entlang von Autobahnen, Bahnstrecken, an Lärmschutzwänden und allen anderen ökologisch nicht anderweitig nutzbaren Flächen PV installieren

alle freien offenen Parkplätze mit PV Anlagen überdachen inkl. Ladesäulen für E-Autos

Fahrradstellplätze mit PV überdachen inkl. Ladesäulen für E-Bikes und E-Autos/Roller etc

Aber ACHTUNG: keine Bäume für PV Anlagen fällen, vor allem keine alten Bäume

Dekarbonisierung der Wärmeversorgung:

fossiler Heizungen durch Wärmepumpen ersetzen

Solarthermie

Geothermie

nachhaltige Biomasse

energetische Gebäudesanierung fördern

Stärkung der Energieeffizienz

Einführung strengerer Effizienzstandards für Industrie, Gewerbe und Haushalte.

Förderung von Energieeinsparungen durch intelligente Technologien und Verhaltensänderungen

Bildungs-Angebote für energiebewusstes Verhalten entwickeln und flächendeckend in allen Bundesländern ausrollen (Energie sparen und Energie Effizienz steigern)

Netzausbau und Speichertechnologien

Ausbau der Stromnetze und Entwicklung von Energiespeichern fördern (Großspeicherwerke, Akku- und Batterie-Entwicklung, Power-to-X-Technologien)

Nachhaltigkeit und Sicherheit der Energieversorgung in Zeiten von globalen Konflikten sind über dezentrale private Energiequellen (Photovoltaik, Wärmepumpen etc) und private Speicherung in Batterien und E-Autos kurzfristig möglich.

Windkraft Onshore und Offshore

Onshore: neue Windräder bzw. Windparks auf ihre ökologische Vertretbarkeit prüfen: es macht keinen Sinn, auf ökologisch wertvollen Flächen, in naturnahen Wäldern, Mooren etc. Windräder aufzustellen. Die Schäden und Zerstörung durch Baustellen-Zuwegung, schwere Fahrzeuge, Betonfundamente usw. wird durch die Energiegewinnung nicht aufgewogen.

Das gleiche gilt auch für Offshore Windparks: die Zerstörungen am Meeresboden und ihre Folgen auf die marinen Ökosysteme sind noch gar nicht ausreichend erforscht, aber klar ist, dass die Meere und Ozeane sowieso schon durch Schadstoffeintrag, Chemikalien, Versauerung durch CO₂ Aufnahme und Temperaturerhöhung total unter Stress stehen, Fische und Meeressäuger durch den Schiffsärm bereits übermäßig gestört werden.

🔗 <https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/meere/offshore-windparks/faktencheck.html>

4. Land- und Forstwirtschaft

Nachhaltige Landwirtschaft fördern

ökologische Anbaumethoden und Biolandwirtschaft gezielt fördern

Kleinbäuerliche Höfe mit strukturreichen Flächen fördern statt Agrarindustrie mit Massentierhaltung und Riesenfeldern, die ökologisch nahezu wertlos sind

Reduktion von Düngemitteln und Pestiziden

Humusaufbau fördern <https://humus-klima-netz.de/massnahmen-im-ueberblick/>

Agroforstwirtschaft fördern

den Mehraufwand der Ökobauern honorieren, zB. Mit dem Regional-Wert-Bericht:

<https://www.regionalwert-hamburg.de/b%C3%BCrger-ag/nachhaltigkeits-bericht/>

Klimaschutz durch Wald und Böden heißt CO₂-Senken stärken

Aufforstung mit standortangepasstem, resilientem Mischwald

Wälder schützen: Vielfalt in den Arten u Altersstrukturen der Bäume statt „Holzlager zum ernten“ für Papier und Heizen

Schutz von Mooren: Wiedervernässung, Renaturierung, Bewirtschaftung

siehe neue Forschungsergebnisse dazu [?](#) nächster Abschnitt und Fußnoten

Paludi-Kultur: Ein großes Klimaschutz-Potenzial liegt in der Wiedervernässung von Mooren bei gleichzeitiger landwirtschaftlicher Nutzung und Erzeugung nachwachsender Rohstoffe, die gleichzeitig in anderen Sektoren wie der Baubranche als Dämmstoff verwendet werden und dort ebenso fossile Rohstoffe ersetzen können.¹

¹ https://www.agora-agrar.de/fileadmin/Projects/2024/2024-09_EU_Agriculture_forestry_and_food_in_a_climate_neutral_EU/AGR_343_Land-use-study_Zusammenfassung_DE_WEB.pdf

Da viele Schäden durch externalisierte Kosten entstehen, ist es wichtig, diese zukünftig nach dem „polluter pays principle“ einzupreisen, und zwar bevor sie entstehen bzw. um einen effektiven Anreiz zu schaffen, diese „Schadenskosten“ zu vermeiden (vgl. CO₂-Steuer). Für den Landwirtschaftssektor wurden entsprechende Datenbanken kürzlich veröffentlicht, die die Schadenskosten verschiedenster Lebensmittel aufschlüsseln². Diese Datengrundlage kann genutzt werden, um gezielt steuerungspolitische Instrumente wie eine Senkung der Mehrwertsteuer auf *nachhaltige Produkte* (saisonales Obst und Gemüse, Hülsenfrüchte) mit einer Anhebung der Mehrwertsteuer für klimaschädliche Produkte (v.a. aus tierischer Produktion) zu kombinieren sowie diese Maßnahme auch in die Bereiche Bildung und öffentliche Beschaffung (Kantinen, Mensen, Außer-Haus-Verpflegung) zu integrieren. Lebensmittelverschwendung ist Energieverschwendung.

Life-Cycle Analysen zeigen, dass ein großer Teil des Umweltfußabdrucks der konventionellen landwirtschaftlichen Produktion bei der Herstellung synthetischer Stickstoffdünger entsteht³. Somit sollte Ziel sein, Bewirtschaftungsweisen zu fördern, die ohne diese vorgelagerten Produkte auskommen (zB. biologische Landwirtschaft).

Auch die GAP-Gelder werden zurzeit ineffizient eingesetzt, da sie nur zu einem geringen Anteil an impact-bezogene Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen geknüpft sind. Eine Reform ist hier dringend nötig⁴, die Anreize zum Klimaschutz setzt und gleichzeitig Synergien mit anderen Bereichen schafft (Beispiel Agroforstwirtschaft: Klima-Adaptation und Mitigation, Kohlenstoffbindung, verbessertes Mikroklima und Schutz vor Trockenheit, Erosionsschutz, Biodiversitätsförderung, Wasserretention, Biomasse zur energetischen oder stofflichen Nutzung).

Die Nutzung von Biokohle ist eine weitere Möglichkeit, um Kohlenstoff zu binden und gleichzeitig die Qualität (Humusgehalt) landwirtschaftlicher Böden zu verbessern. Im Herstellungsprozess der Pyrolyse kann gleichzeitig elektrische Energie gewonnen werden (Sektorenkopplung)⁵ Die Investition in solche innovativen Technologien kann Deutschland wieder zu einem Vorreiter erneuerbare Energien machen.

2 True Cost of Food Database 2026 (Horizon EU project PLAN'EAT) <https://www.tmg-thinktank.com/publications/true-costs-of-food-database-documentation-and-user-manual>

3 Gaidajis, Georgios & Kakanis, Ilias. (2020). Life Cycle Assessment of Nitrate and Compound Fertilizers Production—A Case Study. *Sustainability*. 13. 148. 10.3390/su13010148.

4 Lakner, S. (2025). Der Reformpfad der GAP: eine Zwischenbilanz. In *Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU: Vergangenheit, Reformen und Gegenwart* (pp. 359-407). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

5 M. Domènech Monfort, A. Sandhaas, E. Zozmann, C. Pönisch, D. Kray, N. Hartmann (2025): Energy system transformations toward zero emissions: A focus on pyrolysis. *Energy Conversion and Management*: X. 26 (101052). <https://doi.org/10.1016/j.ecmx.2025.101052>.

5. Ernährung / Gesundheit

pflanzenbasierte Ernährung fördern

neben den Grundnahrungsmitteln wie Brot, Gemüse, Obst den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 % auch für vegetarische und vegane Produkte anwenden (also verarbeitete und verpackte vegetarische/vegane Produkte)

Mehrwertsteuersatz für Fleisch und Fleischprodukte auf den regulären Satz von 19% anheben, dies perspektivisch auch für Milch und Milchprodukte: je klimaschädlicher desto schneller

für tierische Produkte aus Biolandwirtschaft ggfs. Ausnahmen zulassen, Hauptkriterien Klimaschutz und Tierwohl (also artgerechte Haltung, keine Massentierhaltung!)

Bildungsmaßnahmen fördern, die den Zusammenhang zwischen Ernährung, Bewegung und Gesundheit erklären und mit konkreten Anleitungen (zB. Koch- und Sportkurse) die Veränderungen anstoßen

Bildungsmaßnahmen fördern, die die Planetary Health Diet erklären und konkrete Rezepte entwickeln und ausprobieren

Lebensmittelverschwendung ist Energieverschwendung!

Finanzierung von Klimaschutz und Klimaanpassung

konsequente CO₂-Bepreisung für besonders klimaschädliche Produkte und Dienstleistungen

alle Treibhausgase in CO₂-Äquivalente (CO₂-e) umrechnen und einpreisen

Klimaschutz ist CO₂-Reduktion und konsequenter Naturschutz, das gilt auch andersrum: konsequenter Natur- und Umweltschutz führt zu CO₂-Reduktion und mehr Klimaschutz

jeder Euro, der heute in Klimaschutz investiert wird, zahlt sich in doppelter Hinsicht aus: -
- Klimaschutz fördert Resilienz und Innovationen des Wirtschaftsstandortes Deutschland, -
außerdem werden die Kosten für Zerstörungen durch Extremwetterereignisse und klimabedingte Naturkatastrophen deutlich geringer ausfallen als ohne Klimaschutz.

Δ Tipp: Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Reformierung der Erbschaftssteuer